





## 2.2 Fahrlässigkeit

Die Feststellung der Fahrlässigkeit ist bei Alpinunfällen oft schwierig, da für viele Situationen keine klaren Verhaltensregeln existieren. Das Gericht muß die Frage beantworten, wie ein umsichtiger und besonnener Tourenführer in der konkreten Situation gehandelt hätte, um vermeidbaren Schaden von den Teilnehmern abzuwenden.<sup>6</sup> Im Rheinwaldhornfall kam das Gericht nach gutachterlicher Beratung zu dem Ergebnis, daß der Tourenführer in der konkreten Situation fahrlässig gehandelt hat, als er die Seilschaft in der steilen, mit Blankeisstellen durchsetzten Gletscherflanke nicht über Fixpunkte sicherte.

Diese Beurteilung des Verhaltens des Tourenführers durch das Gericht kann hier nicht weiter hinterfragt werden. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß es die zentrale Frage ist, nach der sich Schadensersatzprozesse, nicht nur nach Alpinunfällen, entscheiden und an der sich zumeist die Kritik entzündet. Es handelt sich um eine stark auf die konkreten Umstände des Einzelfalles bezogene Frage, zu der schwierig allgemeingültige Aussagen getroffen werden können. Im folgenden soll näher untersucht werden, wie sich die - vorausgesetzte - Verantwortlichkeit und Haftung des Tourenführers zu derjenigen des Vereins verhält.

## 2.3 Haftung der Erben

Im Rheinwaldhornunfall ist der Tourenführer selbst getötet worden. Die verletzte Teilnehmerin verklagte mit Erfolg seine Erben auf Schadensersatz. Diese sind für den Unfall, mit dem sie nichts zu tun hatten, selbstverständlich nicht unmittelbar verantwortlich, sondern haften nur, weil die in der Person des Tourenführers begründete Schadensersatzpflicht durch das Erbrecht auf seine Erben übergeleitet wird. Zivilrechtlich gehen mit dem Tod einer Person nicht nur die Vermögensaktiva, sondern auch ihre Verbindlichkeiten auf die Erben über: Die Erben können jedoch die Haftung auf das ererbte Vermögen (den Nachlaß) beschränken, haften also nicht mit ihrem sonstigen Vermögen. Die durch Gesetz oder Testament als Erben berufenen Personen können auch die überschuldete<sup>7</sup> Erbschaft auslagern und haben dann mit dem Schadensersatzprozeß nichts zu tun.<sup>8</sup> Es geht also nicht um Sippenhaft, sondern um die Überleitung aller Rechte und Pflichten des Verstorbenen auf die Erben im Wege der sogenannten Gesamterbschaftsnachfolge. Die Erben treten - in praktisch jeder Hinsicht -

an die Stelle des Erblassers (Verstorbenen). Dies ist nicht unzumutbar, da niemand gegen seinen Willen gezwungen werden kann, Erbe zu werden.

Im Rheinwaldhornfall wurden die Erben auf Schadensersatz verklagt und verurteilt. Sie haben die Beschränkung ihrer Haftung auf den Nachlaß erfolgreich eingewandt,<sup>9</sup> der Nachlaß wurde verwertet. Hier schließt sich der Kreis. Der unmittelbare Schadensverursacher ist zwar natürlicherweise Ausgangspunkt der Analyse, aber in der Regel wirtschaftlich nicht in Lage, Schadensersatz in nennenswerter Höhe zu leisten. Der Geschädigte wird nach „deep pockets“, d.h. nach solventeren Schadensersatzschuldnern suchen.

Da bietet sich zunächst die veranstaltende Sektion des Alpenvereins an

## 3. Haftung der Sektion des DAV

Für die Haftung der Sektion kommen zwei Ansatzpunkte in Betracht. Entweder haftet der Verein unmittelbar für das festgestellte Fehlverhalten seines Tourenführers oder nur für ein eigenes Verschulden seiner Organe (das sind primär die Vorstände, u.U., aber auch der Tourenwart), das insbesondere in der mangelhaften Auswahl oder Überwachung des Tourenführers bestehen kann. Diese Unterscheidung mag man als juristische Spitzfindigkeit abtun, aber im ersten Rheinwaldhorn-Urteil von 1994 war sie Streitentscheidend. Sie hängt unmittelbar mit der im deutschen Recht fundamentalen Zweispurigkeit von vertraglicher und außervertraglicher Haftung zusammen. Schadensfälle, die sich unter „Fremden“ ereignen, werden anders beurteilt als solche unter Personen, zwischen denen schon vor dem Schadensereignis eine „Sonderverbindung“, insbesondere ein Vertrag, bestand. Wer sich einer Hilfsperson - das deutsche BGB spricht insoweit von einem Erfüllungsgehilfen, § 278 BGB - bedient, um seine Pflichten aus Vertrag oder einer ähnlichen Sonderverbindung zu erfüllen, muß für deren Verschulden automatisch einstehen. Außerhalb von Sonderverbindungen ist für durch Hilfspersonen verursachte Schäden nur verantwortlich, wer selbst eine Sorgfaltspflicht verletzt hat, indem er zum Beispiel eine ungeeignete oder unzuverlässige Hilfsperson ausgewählt hat.<sup>10</sup>

Das OLG Stuttgart hat im ersten Rheinwaldhorn-Urteil im Sinne der zweiten Alternative entschieden und die Klage gegen die betroffene DAV-Sektion abgewiesen. Der Verein sei für das nachgewiesene Fehlverhalten des Tourenführers nicht unmittelbar haftungsrechtlich verantwortlich, denn dieser sei nicht zur Erfüllung einer besonderen Schutzpflicht aus Vertrag

oder aus dem vereinsrechtlichen Mitgliedschaftsverhältnis tätig geworden. Ein eigenes Auswahl- oder Überwachungsverhältnis der Vereins sei im übrigen nicht erkennbar. Die letztgenannte Feststellung verdient Zustimmung, während die Ablehnung einer Sonderverbindung verfehlt ist, wie im folgenden darzulegen ist.

### 3.1 Vertragliche Haftung des Vereins

Für das Verschulden ihrer Tourenführer muß die Sektion insbesondere dann unmittelbar einstehen, wenn die Sektionstour aufgrund eines Vertrags durchgeführt wird. Ob Führungstouren und Kurse der Sektionen reine Gefälligkeiten sind oder auf vertraglicher Grundlage stattfinden, ist umstritten. Letztlich kann diese Frage nicht allgemein, sondern nur im Einzelfall entschieden werden. Allein wegen der extremen Größensunterschiede der Sektionen des DAV (von unter 100 bis über 40.000 Mitglieder) unterscheiden sich die organisatorischen Abläufe erheblich. Die Großsektionen kommen nicht umhin, ihre umfangreichen Aktivitäten unter Einsatz von entlohnten Angestellten professionell zu verwalten. Die erheblichen Teilnehmerbeiträge sind so bemessen, daß sie die nicht zu vernachlässigenden Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen Tourenleiter und die Gemeinkosten decken. Die Teilnahmebedingungen sind den AGB großer Reiseveranstalter nachgebildet und regeln z.B. detailliert Weisungsbefugnisse des Tourenleiters und die Kostentragung bei Rücktritt des Teilnehmers. Zumindest bei den großen DAV Sektionen kann daher kein Zweifel bestehen, daß Touren und Kurse auf vertraglicher Grundlage durchgeführt werden.<sup>11</sup>

Im übrigen ist auch bei den kleineren Sektionen nach der Interessenlage zumindest ein vertragsähnliches Schutzverhältnis anzunehmen. Der Teilnehmer vertraut auf die sachkundige Führung durch den ausgebildeten Tourenleiter, weil er sich die selbständige Planung und Durchführung der Tour nicht zugetraut hätte. Dies gilt nach richtiger Ansicht auch für den „Führer aus Gefälligkeit“ in einer privaten Tourengemeinschaft.<sup>12</sup> Bei Vereinstouren kommt verstärkend hinzu, daß ein legitimes Interesse des Mitglieds besteht, daß der Verein für ein eventuelles Fehlverhalten seiner Tourenleiter nach § 278 BGB einsteht.<sup>13</sup> Schließlich ist auch das Mitgliedschaftsverhältnis als solches nach ständiger Rechtsprechung des BGH eine vertragsähnliche Sonderbeziehung.<sup>14</sup>

Das OLG Stuttgart hat im ersten Rheinwaldhorn-Urteil entschieden, daß kein Vertrag hinsichtlich der Teilnahme an der konkreten Tour bestand. Im übrigen erkennt der entscheidende Senat zwar an, daß schon aus dem Mitgliedschaftsverhältnis besondere Schutzpflichten folgen. Dann vollzieht der Senat aber die argumentative Kehrtwende, indem er den Inhalt dieser Schutzpflicht sehr restriktiv umschreibt. Die Sektion sei nur zur Auswahl eines fachlich und persönlich geeigneten Tourenführers verpflichtet. Zustimmung verdient die Feststellung des Senats, daß auch ein erfahrener Alpinist ohne eine abgeschlossene Ausbildung als Fachübungsleiter als geeigneter Sektionstourenführer angesehen werden kann.<sup>15</sup> In den großen Sektionen geht der Trend jedoch eindeutig dahin, ausschließlich speziell ausgebildete Wander- und Fachübungsleiter einzusetzen. Richtigerweise kommt es für die Haftung des Vereins auf ein eigenes Auswahlverschulden der Vereinsorgane gar nicht an. Der Verein muß unmittelbar für das Fehlverhalten seiner Tourenleiters einstehen, da diese vom Verein als Hilfspersonen zur Erfüllung der vertraglichen oder mitgliedschaftlichen Schutzpflichten eingesetzt werden.<sup>16</sup>

### 3.2 Freistellungsanspruch des Tourenführers gegen den Verein

Ein eigenes Verschulden der Organe der Sektion bei der Auswahl des Tourenführers wird sich selten feststellen lassen. So wurde die Sektion im ersten Rheinwaldhorn-Urteil vom OLG Stuttgart zunächst von der Haftung freigesprochen. Damit war die Sache für die Sektion aber noch nicht erledigt. Es gibt noch einen Umweg, um an den Verein heranzukommen. Der Tourenführer hat nämlich dann, wenn er sich bei ehrenamtlicher Tätigkeit für den Verein ersatzpflichtig macht, einen sogenannten Freistellungsanspruch gegen den Verein. Der Freistellungsanspruch dient nicht primär dazu, dem Geschädigten den Schaden abzunehmen, sondern dazu, jemandem, der sich bei Tätigkeit im fremden Interesse ersatzpflichtig gemacht hat, die Last der Haftung abzunehmen, juristisch ausgedrückt, ihn von der Haftung freizustellen. Das bedeutet, daß mittelbar der Verein den noch haftet, wenn der Tourenführer persönlich haftet.<sup>17</sup>

Ursprünglich wurde dieser Rechtsgrundsatz im Arbeitsrecht entwickelt. Dem Arbeitnehmer, der in Ausführung der Arbeit einen Dritten fahrlässig schädigt, steht ein Freistellungsanspruch gegen den Arbeitgeber zu. Der Bundesgerichtshof hat diesen Rechtsgrundsatz schon vor Jahren auf die

ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen erstreckt.<sup>18</sup> Der BGH stellt zu Recht heraus, daß sich kaum jemand zu ehrenamtlichem Engagement im Verein bereit finden würde, wenn er das damit verbundene Risiko der Schädigung anderer allein tragen müßte. Dies gilt im besonderen Maße für die alpinen Vereine, da beim Bergsteigen Unfälle zwar zum Glück selten sind, aber oft so gravierende Konsequenzen haben, daß die Schadensersatzpflicht unweigerlich zum finanziellen Ruin des Betroffenen führen würde. Die alpinen Verbände können redlicherweise nicht erwarten, daß ehrenamtliche Führungskräfte dieses Haftungsrisiko persönlich auf sich nehmen. Ein mächtiger Dachverband wie der DAV ist ohne weiteres in der Lage, adäquaten Versicherungsschutz zu akzeptablen Konditionen zu erlangen. Für die ehrenamtlichen Tourenführer ist es hingegen praktisch unmöglich, das Haftpflichtrisiko zu versichern. Die Privathafpflicht des Tourenführers deckt nämlich das Haftpflichtrisiko bei verantwortlicher Tätigkeit im Verein nach allgemein üblichen Versicherungsbedingungen in der Regel nicht ab.<sup>19</sup>

Die Besonderheit im Rheinwaldhornfall bestand lediglich darin, daß der Tourenleiter selbst an der Unfallstelle verstorben ist. Die Sektion hat sich damit verteidigt, daß kein Bedürfnis für einen Freistellungsanspruch bestehe, da die Erben ihre Haftung auf den Nachlaß beschränken könnten. Das Landgericht ist dieser Argumentation gefolgt. Das OLG hat diesen Einwand jedoch nicht gelten lassen und sich auf die Rechtsprechung des BGH zum Freistellungsanspruch in der Insolvenz des Befreiungsgläubigers berufen.<sup>20</sup> Einen Widerspruch zum ersten Rheinwaldhorn-Urteil, das von einem anderen Senat des gleichen Gerichts gefällt wurde, steht der nunmehr entscheidende Senat nicht. Die vom OLG wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Sache zugelassene Revision zum BGH wurde von der Sektion eingelegt; eine Entscheidung liegt noch nicht vor.<sup>21</sup>

### 3.3 Zusammenfassende Würdigung

Man mag es von vornherein als unanständig ansehen, ehrenamtliche Tourenführer der Sektionen nach Alpinunfällen auf Schadensersatz in Anspruch zu nehmen, es scheint jedoch ein unabwiesbares Gebot der Gerechtigkeit, daß letztlich der Verein und nicht der Tourenführer persönlich haftet. Wer sich ehrenamtlich für den Verein engagiert, darf dafür nicht durch völlig unkalkulierbare Haftungsrisiken bestraft werden. Insoweit ist das zweite Rheinwaldhorn-Urteil des OLG Stuttgart zu begrüßen. Die mittelbare Haftung des Vereins über den Freistellungsanspruch des Tourenführers er-

öffnet allerdings Tür und Tor für bedenkliche Verteidigungsstrategien des Vereins. Der Freistellungsanspruch kann u.U. ausgeschlossen sein, wenn der Tourenführer grob fahrlässig oder sogar vorsätzlich gehandelt hat. Die Sektion hat im zweiten Prozeß selbst vorgetragen, daß der Tourenführer grob fahrlässig gehandelt habe, um sich aus der Verantwortung zu stellen. Würde die Sektion richtigerweise automatisch für Verschulden der Tourenführer haften, wäre diese Strategie von vornherein versperrt; Sektion und Tourenführer säßen in einem Boot.

## 4. Haftungsabschlüsse in Teilnahmebedingungen oder Satzung

Angesichts dieser erheblichen, u.U. sogar existenzgefährdenden Haftungsrisiken ist es nur zu verständlich, daß die Sektionen des DAV nach Möglichkeiten suchen, die Haftung zu begrenzen. Viele Sektionen verlangen daher, daß Tourenteilnehmer von vornherein auf die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegen den Verein und die Tourenführer im Schadensfall verzichten. Derartige Haftungsabschlüsse werden von der Rechtsordnung jedoch kritisch beurteilt, insbesondere dann, wenn sie nicht individuell ausgedehnt, sondern einseitig diktiert werden. Seit 1.1.2002 gilt der neue § 309 Nr. 7a BGB, der einer Haftungsbeschränkung für durch Fahrlässigkeit verursachte Körperschäden in allgemeinen, d.h. von einer Seite vorformulierten und gestellten Vertragsbedingungen von vornherein jegliche Wirkung abspricht.

Der Deutsche Alpenverein hat auf die Gesetzesänderung mit einer Satzungsänderung reagiert und stützt sich dabei auf die Erwägung, daß Satzungsbestimmungen nicht Allgemeine Vertragsbedingungen im Sinne des Gesetzes sind und deshalb nicht unter die genannte Vorschrift fallen (unten 1). Dies erscheint jedoch alles andere als sicher. Auch Satzungsbestimmungen, die nicht das eigentliche Mitgliedschaftsverhältnis betreffen, sondern funktional Teilnahmebedingungen substituieren, können den Vorschriften über allgemeine Vertragsbedingungen unterfallen (unten 2).

### 4.1 Die Haftungsbegrenzung in der neuen Mustersatzung des DAV

Das Thema Haftungsbegrenzung wurde in der letzten Zeit in den Gremien des DAV intensiv diskutiert.<sup>22</sup> Auf der Hauptversammlung 2002 des DAV in Friedrichshafen wurde eine neue Mustersatzung für die Sektionen beschlos-

sen, die in § 6 Ziffer 4 eine (zwingend von den Sektionen zu übernehmende) Bestimmung über die Haftungsbegrenzung enthält:

*„Eine Haftung für Schäden, die einem Mitglied bei der Benutzung der Vereinseinrichtungen oder bei der Teilnahme an Vereinsveranstaltungen entstehen, ist über den Umfang der vom DAV abgeschlossenen Versicherungen hinaus auf die Fälle beschränkt, in denen einem Organmitglied oder einer sonstigen für die Sektion tätigen Person, für die die Sektion nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last gelegt werden kann.“*<sup>23</sup>

#### **Die Begründung für diese Satzungsänderung lautet:**

„Neben [...] hat die Hauptversammlung des weiteren die Aufnahme einer Haftungsbegrenzung in die Mustersatzung beschlossen (analog zur DAV-Satzung).“

Grund hierfür ist, dass mit der Novellierung des Schuldrechts zum 1. Januar 2002 haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Haftungsbegrenzungserklärung geändert. Bisher war es möglich, dass sich der Leiter einer Sektionsveranstaltung von den Teilnehmern eine Erklärung hat unter schreiben lassen, die besagte, dass im Falle eines Unfalles gegen ihn keine Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können, die über die bestehende Haftpflichtversicherung des DAV hinaus gehen, es sei denn er hat vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt. D.h. die Haftung für Fahrlässigkeit konnte durch Unterzeichnung dieser Haftungsbegrenzungserklärung ausgeschlossen werden.

Das ist so nicht mehr möglich. Nach neuem Recht gelten solche Erklärungen als allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), in denen Haftungsbegrenzungen nicht zulässig sind. Die Erklärung ist also wirkungslos. Es gibt aber dennoch eine (eingeschränkte) Möglichkeit, die Haftung bei Sektionsveranstaltungen zu beschränken. Nach der derzeitigen Rechtsprechung ist es möglich, eine Formulierung in die Sektionssatzung aufzunehmen, die die Haftung im rechtlich zulässigen Rahmen einschränkt.

*Eine Haftungsbegrenzung ist demnach mit folgenden Einschränkungen möglich:*

- Sie gilt nur gegenüber Sektionsmitgliedern (nur ihnen gegenüber gilt die Satzung).
- Sie gilt nur für Schäden, die den Versicherungsschutz durch den DAV übersteigen
- Die Haftung kann nur wegen leichter Fahrlässigkeit ausgeschlossen werden.

Fazit: Die Möglichkeiten, die Haftung von ehrenamtlich für die Sektion tätigen einzuschränken, sind ihrerseits stark eingeschränkt worden. Um die noch bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, ist eine entsprechende Klausel

wie oben beschrieben in jeder Sektionssatzung erforderlich. Die Teilnahme von Nichtmitgliedern an Sektionsveranstaltungen sollte sorgfältig abgewogen werden, da ihnen gegenüber die Haftung nicht begrenzt werden kann. Es sollte bei alledem aber nicht vergessen werden, dass alle ehrenamtlich für den DAV Tätigen über den DAV haftpflichtversichert sind (bei Personenschäden bis 6 Mio. Euro, bei Sachschäden bis 600.000 Euro).

Die nun gefundene Lösung ist insofern aber insgesamt positiv zu bewerten, da sie den Sektionen eine erhebliche Arbeits erleichterung beschert, da sie auf den jeweiligen Abschluss einer individuellen Haftungsbegrenzungserklärung verzichten können.<sup>24</sup>

## **4.2 Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen**

Die Vertragsfreiheit ist einer der Grundpfeiler jeder liberalen Privatrechtsordnung. Freiwillig geschlossene Verträge werden von der Rechtsordnung grundsätzlich mit dem von den Parteien gewollten Inhalt anerkannt. Dieser liberale Grundsatz gilt allerdings nicht mehr uneingeschränkt. Die Rechtsordnung greift zunehmend in Verträge ein, wenn die Gefahr besteht, daß wegen eines großen Ungleichgewichts der Verhandlungsmacht eine Partei der anderen die Vertragsbedingungen einseitig diktieren kann. Man spricht auch von einer Störung des Vertragsmechanismus, der idealerweise ein freies Spiel etwa gleich starker Interessen voraussetzt. Eine wichtige Fallgruppe ist die Inhaltskontrolle von sogenannten Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB), das heißt von einer Partei für eine Vielzahl von Verträgen vorformulierten Vertragsbedingungen. Die einschlägigen Vorschriften des Gesetzes über Allgemeine Geschäftsbedingungen von 1976 (AGBG) sind - mit geringen Änderungen - durch die Schuldrechtsreform 2002 in das BGB überführt worden (§§ 305 ff. n.F. BGB).

Eine wichtige Änderung betrifft jedoch die Zulässigkeit von Haftungsbeschränkungen in AGB.

### **a) Keine Haftungsbeschränkung für Körperschäden in AGB zulässig**

In individuell ausgehandelten Verträgen kann die Haftung sehr weitgehend ausgeschlossen werden; lediglich die Haftung für Vorsatz kann im vorhinein nicht erlassen werden (§ 276 Abs. 3 BGB). Für regelmäßig wiederkehrende Vereinsaktivitäten kommen individualvertragliche Haftungsbeschränkungen

offenbar nicht in Betracht; die Frage kann sinnvoll nur einheitlich in der Satzung oder in besonderen Teilnahmebedingungen für Kurse und Touren geregelt werden. Vorformulierte Haftungsfreizeichnungen sind Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) i.S.v. § 305 Abs. 1 BGB, die der besonderen Inhaltskontrolle nach § 307 ff. BGB unterliegen.

Die Begründung der neuen Satzungsvorschrift deutet auf einen Wandel der rechtlichen Beurteilung von Haftungsbeschränkungen in AGB hin. Nach § 309 Nr. 7a BGB i.d.F. des Schuldrechtsmodernisierungsgesetzes von 2002 kann die Haftung für durch mindestens einfache Fahrlässigkeit verursachte Körperschäden in AGB überhaupt nicht mehr beschränkt oder ausgeschlossen werden (ebenso schon früher § 651h BGB für das Reiserecht).<sup>25</sup>

#### **b) Ausnahme für das Vereinsrecht**

Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma bietet nur die sogenannte Bereichsausnahme des § 310 Abs. 4 BGB n.F., die gesellschafts- und vereinsrechtliche Regelungen der spezifischen Inhaltskontrolle<sup>26</sup> von AGB entzieht.<sup>27</sup>

§ 310 Abs. 4 n.F. BGB lautet:

*„Dieser Abschnitt [über Allgemeine Geschäftsbedingungen] findet keine Anwendung bei Verträgen auf dem Gebiet des ... Gesellschaftsrechts ...“*

Diese Vorschrift wird weit verstanden und auf alle Verbände, Gesellschaften und Körperschaften angewandt. Der Ausnahme liegt nicht der spezifisch vereinsrechtliche Gedanke der Gemeinnützigkeit zugrunde, sondern die Erwägung, daß die Regeln der Inhaltskontrolle von AGB nicht auf die gemeinsame Verfolgung gleichgerichteter Interessen im Verband passen.<sup>28</sup> Damit wird zugleich deutlich, daß die Ausnahme nicht automatisch für alle Verträge gilt, die ein Verein mit seinen Mitgliedern schließt. Vielmehr wird zwischen Regelungen des Mitgliedschaftsverhältnisses und Austauschbeziehungen zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern unterschieden. Schließt ein Verein mit seinen Mitgliedern Verträge unter Verwendung von Vertragsbedingungen, die nicht Bestandteil der Satzung sind, ist § 310 Abs. 4 BGB schon nach seinem Wortlaut nicht anwendbar.<sup>29</sup> Haftungsausschlüsse für Körperschäden sind demnach nach § 309 Nr. 7a BGB in Teilnahmebedingungen stets unwirksam. Auch für Satzungsbestimmungen, die ein Austauschverhältnis zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern regeln sollen, gilt § 310 Abs. 4 BGB nicht. Vielmehr unterliegen sie als sogenannte unechte Satzungsbestandteile den Vorschriften der § 305 ff. BGB.<sup>30</sup>

Im Einzelfall kann die Grenzziehung jedoch schwierig sein; höchstrichterliche Rechtsprechung zu Haftungsfreizeichnungen in Satzungen von Sportvereinen, die hier Klärung bringen könnte, ist nicht ersichtlich.<sup>31</sup> Es gibt vereinzelte Entscheidungen von Oberlandesgerichten. Das OLG Hamm hielt z.B. die Bereichsausnahme bei der gemeinsamen Ausübung von Risikosport im Verein für anwendbar.<sup>32</sup> Das OLG Koblenz hat, ohne das Problem zu erkennen, entgegengesetzt entschieden.<sup>33</sup>

Es wird auch die Ansicht vertreten, daß zumindest bei sogenannten Dienstleistungs- und Servicevereinen eine Inhaltskontrolle nach § 307 ff. BGB stattfinden soll. Diese sind dadurch gekennzeichnet, daß die Mitglieder weniger am ideellen Vereinszweck und Vereinsleben als an den (vergünstigten) Dienstleistungen interessiert sind. Die Sektionen des Alpenvereins lassen sich nicht generell diesem Typus zuordnen, kommen ihm aber immer näher. Insbesondere die Angebote der großen Sektionen sind mit denjenigen kommerzieller Anbieter durchaus vergleichbar, es ist eine zunehmende Dienstleistungsorientierung zu beobachten.<sup>34</sup>

Zusammenfassend läßt sich feststellen: Erbringt ein Verein aufgrund besonderen Vertrags und nicht unmittelbar aufgrund der Mitgliedschaft Leistungen an seine Mitglieder, spricht einiges dafür, die Bereichsausnahme des § 310 Abs. 4 BGB nicht heranzuziehen. Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis durch Regelungen in der Satzung näher ausgestaltet wird.<sup>35</sup> Auch der Aspekt der Gemeinnützigkeit des Vereins und der Ehrenamtlichkeit der Tätigkeit der Tourenführer kann insoweit keine andere Beurteilung rechtfertigen, da § 310 Abs. 4 BGB ein völlig anderer Gedanke zugrunde liegt. Haftungsfreizeichnungen in der Satzung für Körperschäden, die sich auf geführten Vereinstouren ereignen, wären demnach nach § 309 Nr. 7a BGB unwirksam. Allerdings ist diese Frage noch nicht höchstrichterlich entschieden. Schaden kann die neue Satzungsbestimmungen des DAV sicher nicht, auf ihre Wirksamkeit sollte man sich aber nicht verlassen.

#### **5. Zusammenfassung und Ausblick**

Alpinunfälle mit schweren Verletzungen auf geführten Vereinstouren sind zwar sehr selten, die finanziellen Folgen werden in der Regel den beteiligten Tourenführer und die betroffene Sektion weit überfordern. Der Unfall am Rheinwaldhorn hat deutlich gemacht, daß Haftpflichtversicherungsschutz mit angemessener Deckungssumme absolut unentbehrlich ist. Nach Unfällen mit

schwersten lebenslangen Folgen wird es immer zu Auseinandersetzungen kommen. Die privaten und gesetzlichen Versicherungen, die solche Schadensfälle auffangen, nehmen beim schuldhaft handelnden Unfallverursacher Rückgriff für ihre Kosten, auch wenn das Opfer selbst aus kameradschaftlichen Rücksichten von einer Klage absieht. Nach dem schweren Unfall am Rheinwaldhorn hat der DAV die Versicherungssumme auf nunmehr 6 Mio. Euro pro Schadensfall versechsfacht. Diese Summe dürfte nach menschlichem Ermessen auch für die schwersten Unfälle ausreichen.

Die Möglichkeiten, das Haftungsrisiko durch vertragliche Gestaltungen zu reduzieren, sind nach dem unter 4. Dargelegten sehr beschränkt. Das deutsche Recht läßt Haftungsbeschränkungen für Körperschäden in Allgemeinen Geschäftsbedingungen ohne Rücksicht auf die besonderen Umstände des Einzelfalls nicht mehr zu. Ob für entsprechende Bestimmungen in Vereinssatzungen etwas anderes gilt, läßt sich mangels einschlägiger Rechtsprechung nicht mit Sicherheit beurteilen, erscheint jedoch durchaus zweifelhaft. Der Gesetzgeber wollte mit der Einführung des § 309 Nr. 7a BGB das deutsche Recht lediglich dem EU-Recht anpassen, ist dabei aber über das Ziel hinausgeschossen. Ein Anpassungsbedarf bestand nur für Verträge zwischen gewerblichen Unternehmen und Verbrauchern. Die Auswirkungen der strikten allgemeinen Regelung auf Vereinstätigkeiten sind dabei nicht bedacht worden

Der Kern des Problems liegt tiefer. Es stellt sich die Frage, ob der strenge objektive Haftungsmaßstab der Fahrlässigkeit bei unentgeltlicher Tätigkeit im fremden Interesse überhaupt angemessen ist oder ob schon kraft objektiven Rechts insoweit ein milderer Maßstab gelten sollte. Leider sind Ansätze in der letztgenannten Richtung sowohl in der Gesetzgebung als auch in der Rechtsprechung nicht zu erkennen. Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt Haftungsbeschränkungen auf grobe Fahrlässigkeit bei den unentgeltlichen Verträgen der Schenkung und Leihe. Rechtsprechung und Lehre tendieren jedoch dazu, diese Vorschriften restriktiv auszulegen und bei Körperschäden für unanwendbar zu halten. Ein allgemeiner Rechtssatz des Inhalts, daß bei unentgeltlicher Tätigkeit im fremden Interesse für leichte Fahrlässigkeit generell nicht gehaftet wird, ist dem deutschen Recht fremd.<sup>36</sup> Eine Gesetzesänderung ist insoweit realistischerweise nicht zu erwarten. Da demnach auch bei nur leichter Fahrlässigkeit für Körperschäden kraft Gesetzes stets gehaftet wird und vorformulierte vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsbeschränkungen auch im Vereinsrecht kaum haltbar sind, führt derzeit

kein Weg daran vorbei, für ausreichende versicherungsmaßige Deckung zu sorgen, um das Risiko einer unkalkulierbaren und u.U. sogar ruinösen Haftung auszuschließen.

## Nachweise

- <sup>1</sup> Die Nachweise aus der juristischen Fachliteratur sind auf ein Minimum reduziert. Vgl. zu den angesprochenen Problemkreisen eingehend mit umfangreichen Nachweisen: Röckrath, Die Haftung des Sportvereins als Veranstalter unter besonderer Berücksichtigung des Bergsports, SpuRt 2003, 189, Heft 5.
- <sup>2</sup> Unfallbeschreibung nach OLG Stuttgart NJW 1996, 1352 und Urteil vom 3.12.2002 - 12 U 124/01 (wird demnächst in der SpuRt veröffentlicht); vgl. auch Schubert, Sicherheit und Risiko in Fels und Eis I, S. 242 f.; Harteis Haftung des Deutschen Alpenvereins und seiner Sektionen bei Bergunfällen auf Gemeinschaftstouren (2001) S. 1. Die Dissertation von Harteis kann beim DAV auf CD bezogen werden, bezieht sich jedoch auf den Rechtszustand vor der Schuldrechtsmodernisierung und ist daher nicht mehr in allen Teilen verwertbar.
- <sup>3</sup> Schubert aaO S. 237.
- <sup>4</sup> Mißverständlich Harteis (2001) S. 10 f. Zumindest in den Großsektionen ist die Führungstour die Norm. Als Gemeinschaftstouren werden nur solche bezeichnet, die ein erhöhtes Maß an Eigenständigkeit voraussetzen.
- <sup>5</sup> OGH SpuRt 2000, 110 (Piz Buin), eingehend dazu Stabenheimer Sicherheit im Bergland 2000, 7; Michalek Die Haftung des Bergsteigers bei alpinen Unfällen (1990) S. 11, 120; vgl. auch Galli Haftungsprobleme bei alpinen Tourengemeinschaften (1995) S. 267 ff.
- <sup>6</sup> Vgl. eingehend Röckrath, Der Jamtalunfall aus zivilrechtlicher Sicht, Sicherheit im Bergland 2002, 158.
- <sup>7</sup> Der Nachlass ist im vorliegenden Fall auch unter Berücksichtigung des Freistellungsanspruchs gegen den Verein (vgl. dazu unten) und des Deckungsanspruchs gegen die Versicherung überschuldet. Der Verein hat nicht ausreichend Vermögen, um die Erben von der Haftung vollumfänglich freizustellen, und der Deckungsanspruch war von vornherein summenmäßig beschränkt.
- <sup>8</sup> Jeder hat einen Erben. Wenn die testamentarisch bedachten Personen und alle durch Gesetz berufenen Angehörigen ausschlagen, bleibt schließlich der Fiskus auf dem überschuldeten Nachlaß sitzen und muß ihn abwickeln.
- <sup>9</sup> LG Stuttgart Urteil vom 11.1.1994; Berufung zurückgewiesen vom OLG Stuttgart durch Urteil vom 14.12.1994 - 9 U 45/94.
- <sup>10</sup> Das Gesetz gibt die Rechtslage insoweit nur unvollständig wieder, da die Rechtsprechung über § 831 BGB hinausgehende Organisationspflichten annimmt, die über § 823 BGB sanktioniert sind, so auch im Ansatz richtig das OLG Stuttgart im ersten Rheinwaldhorn-Urteil.
- <sup>11</sup> Wird ausnahmsweise die Führung oder Ausbildung mit einer weiteren erheblichen Reiseleistung kombiniert, findet zwingend Reisevertragsrecht (§§ 651a ff. BGB) Anwendung. Im Normalfall liegt bei Unentgeltlichkeit ein Auftrag, andernfalls ein Dienstvertrag vor. Der Teilnehmerbeitrag stellt die Unentgeltlichkeit nicht in Frage, wenn es sich lediglich um einen im Voraus vereinbarten Aufwendersersatz handelt. Allerdings deckt der Teilnehmerbeitrag nicht nur die mit der konkreten Führung verbundenen Aufwendungen, sondern auch anteilig die Gemeinkosten der Verwaltung. Vgl. Harteis (2001) S. 31 ff.; a. A. W. Schünemann VersR 1982, 826, 1131; Gesellschaftsvertrag.
- <sup>12</sup> Vgl. Stabenheimer Sicherheit im Bergland 2000, 7.
- <sup>13</sup> Harteis (2001) S. 21 ff.; a. A. Beulke Die Haftung des Bergführers bei beruflicher und privater Ausübung des Bergsports (1994) S. 98 ff, 122.
- <sup>14</sup> BGHZ 110, 323, 327 (Schärenkreuzer); Harteis (2001) S. 36 ff.
- <sup>15</sup> OLG Stuttgart NJW 1996, 1352, 1353.
- <sup>16</sup> Kritisch zur Argumentation des OLG Stuttgart ebenfalls Harteis (2001) S. 32 ff.

<sup>17</sup> Die Klage aus dem abgetretenen Freistellungsanspruch ist übrigens durch das inzwischen rechtskräftige Urteil im ersten Prozeß nicht ausgeschlossen. Obwohl beide Klagen das gleiche wirtschaftliche Ziel verfolgen (Entschädigung für ein bestimmtes Schadensereignis), handelt es sich um verschiedene zivilprozessuale Streitgegenstände.

<sup>18</sup> BGHZ 89, 153, 158 (Pfadfinderentscheidung); ebenso OLG Saarbrücken VersR 1995, 83; LG Dresden SpuRt 2001, 106, 109; Harteis (2001) S. 222 ff.

<sup>19</sup> OLG München NVersZ 2001, 288 (Die Entscheidung betrifft den schweren Unfall einer begleitenden Mutter auf einem Kinderkletterkurs einer DAV Sektion).

<sup>20</sup> BGH NJW 1994, 49, 50 f.

<sup>21</sup> Stand: August 2003.

<sup>22</sup> DAV Forum 3/2002 S. 8 f.; 4/2002 S. ##.

<sup>23</sup> www.alpenverein.de/pdf/amicar/pdf462.pdf

<sup>24</sup> www.alpenverein.de/pdf/Muster-pdf

<sup>25</sup> § 11 Nr. 7 AGBG a.F. ließ grundsätzlich die Freizeichnung für leichte Fahrlässigkeit unabhängig vom betroffenen Schutzgut zu. Die Rechtsprechung hat jedoch § 11 Nr. 7 AGBG nicht als abschließende Regelung angesehen, sondern zusätzliche Freizeichnungsverbote - so unter anderem für Körperschäden - aus der Generalklausel des § 9 Abs. 2 Nr. 1 AGBG hergeleitet. Da § 9 AGBG eine umfassende Abwägung aller Umstände erforderte, konnte in besonders gelagerten Fällen der Haftungsausschluß für Körperschäden für wirksam erachtet werden, vgl. z.B. OLG Koblenz VersR 1993, 1164. Die Möglichkeit einer einzelfallbezogenen Abwägung ist nunmehr wegen der klaren und strikten Regelung des § 309 Nr. 7a BGB versperrt.

<sup>26</sup> Auch außerhalb des Anwendungsbereichs der § 305 ff. BGB unterliegen nach der Rechtsprechung des BGH jedenfalls die Satzungen derjenigen Vereine gemäß §§ 242, 315 BGB einer richterlichen Inhaltskontrolle, die eine überragende Machtstellung im wirtschaftlichen oder sozialen Bereich haben und bei denen das Mitglied auf die Mitgliedschaft angewiesen ist, vgl. BGHZ 128, 93, 101. Dies gilt wohl auch für die Mitgliedschaft im DAV mit der zahlreiche Vorzugsrechte bei der Nutzung der Einrichtungen des DAV und umfangreiche Versicherungsleistungen (Such- und Bergungskosten, Haftpflicht) verbunden sind. Für die vereinsrechtliche Inhaltskontrolle gilt § 309 Nr. 7a BGB nicht, es findet vielmehr eine freie Abwägung im Einzelfall statt. Eine Haftungsbeschränkung für leichte Fahrlässigkeit kann insoweit durchaus zulässig sein.

<sup>27</sup> Palandt-Heinrichs § 310 BGB n.F. Rn. 50.

<sup>28</sup> Vgl. aber BGHZ 128, 93, 101 zu sportlichen Regelwerken, die auch im Verhältnis zu Nichtmitgliedern keine AGB im Sinne des AGBG sein sollen.

<sup>29</sup> BGH NJW 1998, 454 (unter 2a); a.A. Harteis (2001) S. 216.

<sup>30</sup> BGHZ 136, 394 = NJW 1998, 454 (VVaG).

<sup>31</sup> BGHZ 128, 93, 101.

<sup>32</sup> OLG Hamm VersR 1995, 309 = SpuRt 1996, 19; vgl. hingegen OLG Hamm SpuRt 2000, 162, 163 (beide zum Segelfliegen).

<sup>33</sup> OLG Koblenz NJW-RR 2002, 1251, 1253 = SpuRt 2002, 198 (Fallschirmspringen).

<sup>34</sup> Kohler Mitgliedschaftliche Regelungen in Vereinsordnungen (1992) S. 177 ff.; 202 f. hält den DAV für einen Grenzfall, berücksichtigt allerdings nur die Hüttenbewirtschaftung, nicht das Ausbildungs- und Tourenwesen.

<sup>35</sup> BGHZ 136, 394 = NJW 1998, 454 (unter 2 b).

<sup>36</sup> Beulke (1994) S. 124; Harteis (2001) S. 151.

## Rechtsprobleme des Schisports, Pistenregeln und Haftungsfragen - zugleich ein Beitrag zur Neufassung der FIS-Regeln

Andrea Schwarzl

Auf österreichischen Pisten ereignen sich pro Saison ca 90.000 Unfälle<sup>2</sup>. Schipisten stellen damit nach der Straße den häufigsten Unfallort dar<sup>3</sup>. Ebenso wie im Straßenverkehr ist auch die Unfalltendenz auf den Pisten stetig steigend, wobei die Unfallursachen neben Ausrüstungs- und Konditionsmängel vor allem die Unkenntnis oder Nichtbefolgung der Pistenregeln sind. Anders als im Straßenverkehr gibt es aber für das korrekte Verhalten auf der Schipiste keine gesetzlich geregelte Grundlage, sondern nur von diversen Herausgebern verfasste „Regeln“.

Pistenregeln wurden einerseits von der FIS<sup>4</sup> andererseits vom Österreichischen Kuratorium für Alpine Sicherheit ausgearbeitet. Während die FIS-Verhaltensregeln, die erstmals 1967 auf einem Kongress in Beirut beschlossen wurden<sup>5</sup>, rasch als Ordnung richtigen Verhaltens beim Schilaufs anerkannt waren, blieb der Pisten-Ordnungs-Entwurf des Österreichischen Kuratoriums für Alpine Sicherheit im Entwurfsstadium stecken<sup>6</sup>. Ebenfalls vom österreichischen Kuratorium für Alpine Sicherheit wurden auch Verhaltensregeln für richtiges Schleppliftfahren herausgegeben. Aufgrund der internationalen Beachtung und daraus folgender Kritik erfolgte 1990<sup>7</sup> eine grundlegende Überarbeitung und Anpassung des FIS Regelwerks an moderne Erfordernisse. Infolge der zunehmenden Präsenz von Snowboardern und der rasanten Verbreitung von Carvingschiern auf den Pisten, erfolgte beim letzten FIS Kongress im Juni 2002 schließlich die letzte Überarbeitung der Pistenregeln, die zu der wiedergegebenen Neufassung der FIS-Regeln führte.<sup>8</sup>

### Geltungsgrund der FIS-Regeln

Weder beim österreichischen Pisten-Ordnungs-Entwurf (POE) noch den FIS-Regeln handelt es sich um gesetzliche Regelungen. Das bedeutet, dass die diversen Pistenregeln keine unmittelbar verpflichtenden Anordnungen enthalten. Bereits mehrfach hat der OGH in langer und gleichbleibender Tradition ausgesprochen, dass es sich bei den Pistenregeln nur um die Zusammenfassung des anzuwendenden konkreten, durch den Gesetzgeber allgemein vorausgesetzten - aber eben nicht normierten -, Sorgfaltsmaßstabes des Schilaufes (besser wohl der